Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrag- 35 Pfg. Alle Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend Postboten und unsere Ausnehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 12. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend, den 15. Januar 1927

Die erste Bürgerpflicht.

Ob man auch heute noch den treuen Staatsbürger, wie in den schlimmen Tagen nach Jena vor 120 Jahren, von Obrigkeits wegen zur Ruhe mahnen muß, wenn und nachdem der Staat „eine Bataille verloren" hat?

Wir haben zwar, seit dem Zusammenbruch im Weltkrieg, keine Bataille mehr verloren, aber die Regierungskrisis, deren Lösung nun endlich nach dreiwöchentlicher Weihnachtspause in Angriff genommen werden mußte, könnte schon, wenn auch diesmal wieder ein Fehlschlag an den anderen sich reihen sollte, zu einer bedenklichen Aufpeitschung der Parteileidenschaften führen, der die verantwortlichen Männer an der Spitze des Reiches nicht ohne Sorgen entgegensehen müßten. Der zweite Reichspräsident, Feldmarschall von Hindenburg, hat zwar auf dem Gebiete der Ministerkrisen noch nicht so viele Erfahrungen gesammelt wie sein verstorbener Vorgänger, der Reichspräsident Ebert, aber man kann nur wünschen, daß die Ruhe und Besonnenheit, die er bisher in seiner Machtstellung als Oberhaupt des Reiches nach allseitigem Urteil bewahrt hat, ihn auch in den gegenwärtigen Nöten des Reiches nicht verlassen mögen, damit sie in der ganzen Bevölkerung und besonders auch in allen Parteilagern als nachahmenswertes Vorbild hochgehalten werden können. Wie die Dinge einstweilen noch liegen, muß man wohl mit der Möglichkeit rechnen, daß Herr von Hindenburg schließlich die Parteien, wenn sie sich durchaus nicht einigen wollen, abseits stehen und ein Geschäftsministerium, falls es im Reichstag auf Widerstand stößt, zur Auflösung schreiten läßt. Das wäre gewiß ein fragwürdiger Ausgang des Streites, der uns unmittelbar vor Jahresschluß beschert worden ist und von dem natürlich niemand voraussagen kann, ob er zu der allgemein ersehnten Klärung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse führen wird, zu der die Parteien selbst sich bisher nicht imstande gezeigt haben. Aber darin besteht doch wohl gleichfalls ziemliche Übereinstimmung, daß es wirklich keinen Sinn mehr hat, die Dinge so wie bisher unverändert weiterlaufen zu lassen.

Eine Bataille ersten Ranges verloren, wenn auch keine militärische, sondern eine wirtschaftspolitische und soziale, hat das englische Königreich in dem schweren und langandauernden Kampf zwischen Grubenbesitzern und Kohlenarbeitern. Aber um deswillen wurde doch die erste Bürgerpflicht, die Ruhe zu wahren, den Untertanen seiner großbritannischen Majestät nicht erst weiter in Erinnerung gebracht; damit wäre dem altererbten Stolz dieses Volkes wohl gar zuviel vergeben worden. Wohl aber hielt man es drüben im Inselreich zu derselben Zeit, da hierzulande mit größter Anstrengung ein engbegrenztes Schutzgesetz zugunsten der Jugend erlassen wurde, für angebracht, die englische Skandalpresse durch einen Akt der Gesetzgebung zur Ruhe zu verweisen, der ihr die breitspurige Berichterstattung über Ehescheidungsprozesse nahezu völlig untersagt.

Eine bestimmte Sorte von Blättern lebte nämlich in England förmlich von der journalistischen Ausbeutung dieser ehelichen Skandalgeschichten und niemand wußte bisher den rechten Weg, um diesen Leuten das Handwerk zu legen. Nun aber hat der britische Gesetzgeber kräftig zugegriffen; ein schon längst bestehendes Verbot unzüchtiger Schriften wurde einfach auf die gerichtliche Berichterstattung im allgemeinen ausgedehnt, indem man es für unstatthaft erklärte, aus einem gerichtlichen Verfahren Dinge oder medizinische oder physiologische Einzelheiten zu veröffentlichen, deren Bekanntmachung die öffentliche Moral schädigen könne. Darüber hinaus aber wurde für die Berichterstattung über Ehescheidungsverfahren ein ganz bestimmter, engbegrenzter Rahmen gezogen, mit dem notwendigen Erfolg, daß diesem Teil der Zeitungslektüre fortan der besondere Anreiz genommen sein wird. Nur zugunsten der juristischen und medizinischen Fachblätter wurde eine Ausnahme gemacht. Natürlich fehlte es auch in England nicht an Leuten, die vor der Einführung von Kautschukparagraphen auf diesem an sich schon ziemlich empfindlichen Gebiet warnten, die sich nicht vorstellen konnten, nach welchen sittlichen Gefühlsbegriffen Polizei und Gericht hier entscheiden sollten, ohne bald hier, bald da Ärgernis und Anstoß zu erregen.

Der englische Gesetzgeber hat sich, kurz entschlossen, wie er zumeist ist, über diese Bedenken rasch hinweggesetzt, und siehe da, der Teil der Blätter, die durch die neuen Bestimmungen getroffen werden, zeigte sich sehr bald den Lesern in einer wesentlich gereinigten Gestalt. Die Engländer halten eben Ruhe für die erste Bürgerpflicht, und wer sich dieser Pflicht nicht fügen will, den läßt er schuldig werden und mit empfindlichen Geld- und Gefängnisstrafen belegen, weil ihm das Wohl der Gesamtheit als solche höher steht als die Freiheit oder vielmehr der Mißbrauch der Freiheit von Leuten, die den Beruf und das Vorrecht der Presse für ihr dunkles Gewerbe in Anspruch nehmen. In solchen Dingen kennt der ordentliche Engländer nun einmal keinen Spaß, will er von der viel berufenen Amerikanisierung der Presse nichts wissen. Niemand kann wissen, ob und wann nicht auch anderwärts diese Anschauung, auf der sich jetzt schließlich die ganze Ordnung unserer staatlichen Verhältnisse aufgebaut hat, wieder zur Herrschaft kommen wird.

Die Regierungsbildung Dr. Curtius' gescheitert.

Die Deutschnationalen bei Dr. Curtius

Erörterungen über vier Hauptpunkte.

Die Verhandlungen, die Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit den Parteiführern über die Bildung der neuen Reichsregierung führt, nehmen langsam ihren Fortgang. Am Freitag empfing Dr. Curtius eine Abordnung der deutschnationalen Reichstagsfraktion und teilte ihr die „schweren innen- und außenpolitischen Bedenken" des Zentrums mit, die ihm am vorhergehenden Tage von den Zentrumsführern in einer mehrstündigen Aussprache auseinandergesetzt worden waren. Von den Deutschnationalen waren bei Dr. Curtius Graf Westarp, Staatsminister a. D. Wallraf sowie die Abgeordneten von Lindeiner-Wildau und Treviranus erschienen. An der Besprechung, die länger als drei Stunden dauerte, nahm auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann teil.

Bei den Erörterungen drehte es sich im wesentlichen um vier Punkte.

1. **Um die auswärtige Politik.**
2. **Um die Verfassungsfrage.**
3. **Um sozialpolitische Fragen und**
4. **um Kulturfragen.** (Schul- und Kirchenpolitik.)

Im Reichstag rechnet man damit, daß Dr. Curtius, nachdem er die Auffassungen sowohl der Deutschnationalen als auch des Zentrums kennengelernt hat, nunmehr von sich aus Vorschläge zu einem Regierungsprogramm ausarbeiten wird, die er dann bei den nächsten Besprechungen diesen beiden Parteien vorlegen wird.

Über die Besprechung zwischen Dr. Curtius und den Deutschnationalen wird noch bekannt, daß Dr. Curtius gleich zu Beginn der Verhandlung betonte, daß er sich keineswegs als der Mittler zwischen Zentrum und Deutschnationalen betrachte und daß er nicht etwa bestimmt formulierte Forderungen des Zentrums den Deutschnationalen vorzulegen habe. Er erwarte auch keine bestimmt formulierten Antworten der Deutschnationalen. Das Zentrum habe ja auch noch keine grundsätzliche Stellung eingenommen.

Die in Berlin anwesenden Abgeordneten der Deutschnationalen hielten nach der Rückkehr ihrer Vertreter von Dr. Curtius eine Besprechung ab, deren Thema die Eröffnungen des Herrn Dr. Curtius bildeten. Auch die Fraktion des Zentrums war zu einer Sitzung zusammenberufen, in der das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Dr. Curtius und den Deutschnationalen zur Beratung stand.

•

Die Entscheidung des Zentrums — Absage an Dr. Curtius.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 14. Januar. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat heute nachmittag nach kaum einstündiger Sitzung als Niederschlag der Beratungen der Fraktion folgendes Schreiben an Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gerichtet:

Sehr verehrter Herr Minister!

Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 14. Januar des Jahres. Dasselbe ist der Gegenstand eingehender Würdigung gewesen. Aus diesem Schreiben haben wir ersehen, daß Sie, Herr Minister, lediglich die Aufgabe übernommen haben, sachliche Verhandlungen zum Zwecke der Herbeiführung einer Koalition zu führen. Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unterliegt die von Ihnen beabsichtigte Regierungsbildung für uns nach wie vor den schweren Bedenken, die Ihnen von unseren Beauftragten und auch namens unseres Herrn Parteivorsitzenden Dr. Marx dem Herrn Reichsaußenminister Stresemann dargelegt worden sind. Wir halten den Versuch der Bildung einer Regierung der Mitte nach Lage der Dinge für den gegebenen Weg zur Beilegung der Krise. Wir können uns daher von einer Fortführung Ihrer Verhandlungen auf der Grundlage Ihres Schreibens vom 14. Januar keinen Erfolg versprechen. Ein Eingehen auf die in diesem Schreiben mitgeteilten Richtlinien dürfte sich demnach erübrigen. — Unterzeichnet ist der Brief vom Herrn von Guerard als stellvertretenden Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages.

•

Curtius beim Reichspräsidenten.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 14. Januar. Reichsminister Dr. Curtius berichtete heute abend dem Reichspräsidenten über die durch das Schreiben des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion an ihn geschaffenen Lage und erklärte, daß damit sein Versuch der Bildung einer Mehrheitsregierung unter Zuziehung der Deutschnationalen gescheitert sei. Der Reichspräsident behielt sich seine weitere Entschließung vor.

•

Nach dem Scheitern von Dr. Curtius.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 14. Januar. Da der Reichspräsident Herrn Dr. Curtius erklärt hat, sich seine Entschließungen über die weitere Behandlung der Regierungsbildung vorbehalten zu wollen, so wird in parlamentarischen Kreisen erwartet, daß neue Verhandlungen morgen vormittag bereits in Gang gebracht werden. Der Reichspräsident wird im Laufe des morgigen Sonnabend verschiedene Parlamentarier, darunter Herrn von Guerard, empfangen, um sich mit ihnen über die Möglichkeiten weiterer Verhandlungen zu unterhalten. In parlamentarischen Kreisen schließt man aus der Tatsache, daß Dr. Curtius dem Reichspräsidenten bisher seinen Auftrag noch nicht zurückgegeben hat, daß die Verhandlungen auch morgen von Dr. Curtius weitergeführt werden, um nunmehr eine Regierung auf mittlerer Basis zu bilden, die sich im wesentlichen auf die Deutsche Volkspartei, Bayrische Volkspartei, Zentrum, Demokraten und wohl auch auf die Wirtschaftspartei stützen würde. Dieses so gebildete Kabinett würde dann vor den Reichstag treten, um sich für sein Arbeitsprogramm ein Vertrauensvotum zu bitten. Da dieses Arbeitsprogramm in erster Linie außenpolitische und soziale Fragen umfassen wird, rechnet man in Kreisen der Mittelparteien damit, ein Vertrauensvotum für das Kabinett zu erhalten.

Die Verhandlungen über die „Restpunkte".

Die Ausfuhr von Kriegsmaterial.

Wie der „Matin" zu melden weiß, haben entgegen anderslautenden Nachrichten die deutschen Delegierten in Paris wegen der Verlegung der Verhandlungen über die Ostfestungen nach Berlin keine Schritte unternommen. Die Botschafterkonferenz, so sagt das Blatt, habe allein das Recht, die Verhandlungen zu liquidieren und sich über die Ergebnisse der Verhandlungen auszusprechen. Im übrigen müsse festgestellt werden, daß die deutschen Sachverständigen niemals erklärt hätten, daß sie keine schriftlichen Verpflichtungen übernehmen wollten. Gewiß hätten sie der Botschafterkonferenz noch keine festen Vorschläge gemacht. Das sei natürlich, denn sie wollten bis zum letzten Augenblick verhandeln, aber schon jetzt hätten General von Pawelsz und Geheimrat Forster die Ausarbeitung neuer Texte für die Ausfuhr von Kriegsmaterialien begonnen. Die darin enthaltenen Hinweise seien von den alliierten Sachverständigen ziemlich günstig aufgenommen worden. Es bleibe jedoch noch die ziemlich heikle Frage der optischen Instrumente, für die sich England besonders interessiere. Was die Befestigungen in Ostpreußen anlange, so scheine die Besprechung keine wesentlichen Fortschritte gemacht zu haben. General von Pawelsz habe sich noch Freitag nachmittag über diese Frage mit den Mitgliedern des Interalliierten Militärkomitees unterhalten.

Die Hauptverhandlungen über die Ausfuhr von Kriegsmaterial aus Deutschland haben in Berlin zwischen Vertretern der deutschen Regierung und der Interalliierten Militärkontrollkommission begonnen. Die in Verhandlungen mit der Militärkontrollkommission erörterten Fragen sollen in mehreren Gesetzentwürfen geregelt werden. Über die Einzelheiten dieser Gesetzentwürfe wird noch verhandelt und es soll das Sachverständigenurteil von Vertretern der betroffenen Industrien eingeholt werden. Am weitesten sind bisher die Vorverhandlungen über die Regelung der Waffenherstellung in Deutschland gediehen. Das in Aussicht genommene Gesetz soll bestimmen, daß kleinkalibrige Pistolen und Gewehre weiterhin in Deutschland hergestellt und ausgeführt werden dürfen. Verboten wird dagegen die Herstellung großkalibriger Gewehre und Kanonen, die Herstellung von Geschützteilen, Geschützwagen und die Konstruktion von Kriegsschiffen auf fremde Rechnung.

•

Günstige Entwicklung der Verhandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 14. Januar. Von zuständiger französischer Seite wird mitgeteilt, daß General von Pawelsz und Legationsrat Dr. Forster in der heutigen Nachmittagssitzung des Versailler Militärkomitees schriftliche Vorschläge Deutschlands über die Frage der deutschen Ostbefestigungen vorgelegt hätten. Diese konkreten Vorschläge würden nunmehr durch die Sachverständigen geprüft. In französischen offiziellen Kreisen sei man nach einer vorläufigen Ueberprüfung dieser Vorschläge recht optimistisch und man glaube, noch vor dem 31. Januar zu einer zufriedenstellenden Regelung in der Frage der Ostbefestigungen kommen zu können. Es wird an zuständiger Stelle versichert, daß ebenso die heute beim Versailler Komitee von der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin eingetroffenen Informationen über den Stand der dortigen Verhandlungen über die Frage des Kriegsmaterials den Schluß zulassen, daß bereits eine große Zahl der Teilfragen gelöst ist. Man zeigt sich auch hierin optimistisch und ist überhaupt der Ueberzeugung, daß man zu einer baldigen Verständigung über die Gesamtfragen gelangen wird.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF